Pressemitteilung Offene Linke Ansbach e.V.

Ansbach, 12.11.2009

Nur 101 Pro-Jugend-Karten verkauft: Richtige Absichten mit falschem Ansatz

Offene Linke für Maßnahmen mit sozialpolitischer Lenkungswirkung im Haushalt 2010

Kommune in der Pflicht, sozial Schwachen wirksam zu helfen: Sozial-und Familienpass gefordert

Entgegen des FLZ-Berichts vom 10.11.09 wurden anstatt 424 Pro-Jugend-Karten (PJK) lediglich 101 verkauft. 20 wurden kostenlos an Anspruchsberechtigte auf Antrag ausgegeben, 303 über die ARGE kostenlos an sozial Schwache „verteilt". Die Stadt machte dabei dennoch einen „Gewinn" von 956 Euro.

Ob die sozial Benachteiligten in unserer Stadt durch die PJK wirklich einen „Gewinn" machen können, indem ihnen Teilhabe und Zugang etwa zu Bildung, Kultur und ÖPNV geschaffen wird, zog die Offene Linke in „große Zweifel": „Mit einer Schnupperstunde in der städtischen Musikschule oder in der Nachhilfe, mit einem(!) verbilligten Aquella-Besuch und einem Einkaufsgutschein ist das längst nicht getan", konstatierte Stadtrat Boris-André Meyer, der in der PJK „auch nur den Ansatz einer sozialpolitischen Lenkungswirkung" vermisst. Einige Mitglieder der Offenen Linken, die die PJK gekauft hatten, bezeichneten die Karte als „Mogelpackung": Kostenlose Schnupperstunden in Musikschule und Nachhilfe gebe es ohnehin schon.

Die Offene Linke dankte den privaten Leistungsträger, die sich beteiligt haben, jedoch sei sehr problematisch, dass ausschließlich der monetäre „Gewinn" der Stadt bei der schleppenden Vergabe der PJK betont wird. Dies untermauere die Einschätzung der Offenen Linken, die einen „Fehlstart" einer im Angesicht der immer weiter auseinander gehenden Schere zwischen Arm und Reich urtümlichsten Aufgabe der Stadt, den sozialen Frieden auf kommunaler Ebene trotz unsozialer bundespolitischer Entscheidungen zu sichern, sieht. Die Offene Linke hatte bereits im Mai im Ausschuss für Soziales die Einführung eines Sozial- und Familienpasses (SFP) beantragt.

„Gerade in der Bundeshauptstadt der Zeitarbeit halten wir diese Forderung aufrecht", betonte die Offene Linke vor dem Hintergrund, dass laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) im Jahr 2008 12% der Ansbacher Arbeitsverhältnisse bei Leiharbeitsfirmen geführt wurden – trauriger Rekord in Deutschland. Viele arbeiteten weit unter einem anvisierten Mindestlohn: „Viele Menschen in unserer Stadt sind arm trotz Arbeit. Sie bedürfen der wirksamen kommunalen Unterstützung."

Im Entwurf des Sozial- und Familienpasses der Offenen Linken sind weitreichende Vergünstigungen der städtischen Leistungen, wie der Musikschule, der VHS, bei Sport, Kultur und ÖPNV für Geringverdienende, aber auch für kinderreiche Familien und Alleinerziehende vorgesehen. „Unser Ansatz ist Grundlage einer aktiven kommunalen Sozialpolitik", sagte Boris-André Meyer. Für die Einführung des SFP im Jahr 2010 hat die Offene Linke 25.000 Euro im Haushalt beantragt. Ein Großteil der Kosten werde durch die höhere Auslastung der Angebote ausgeglichen, so werde etwa die Tochter eines Geringverdieners endlich ein Instrument erlernen können und der Sohn einer Alleinerziehenden sich an der VHS weiterbilden können, was zuvor nicht möglich war. Die Offene Linke schlägt u.a. eine 50%-Ermäßigung bei städtischen Angeboten, wie Musikschule, Aquella oder VHS vor.

Die Offene Linke hat zudem Richtlinien für die Vergabe des SFP vorgelegt. Den Kreis der Anspruchsberechtigten genau zu bestimmen ist aufgrund des Fehlens eines städtischen Armutsberichts anderthalb Jahre nach Beschluss des Ausschuss für Soziales zur Erstellung leider nicht definitiv möglich.

Neben dem SFP sieht die Offene Linke ihre Anträge zur Rückgängigmachung der Budgetkürzungungen im Bereich Bildung und Soziales, sowie einer zusätzlichen Streetworker-Teilzeitstelle als „Dreh- und Angelpunkt" ihrer Anträge im Bereich des Verwaltungshaushaltes an.

Gez. Offene Linke Ansbach e.V.; der Vorstand